

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung,

Europa durchlebt schwierige Zeiten.

Auch wenn die letzten europaweit durchgeführten Umfragen  
durchaus Hoffnung machen,  
müssen wir feststellen,  
dass nicht nur Bürgerinnen und Bürger,  
sondern auch führende Politiker die Daseinsberechtigung  
der Europäischen Union offen in Frage stellen.

Dass wir dieser EU  
eine in der Geschichte unseres Kontinents  
nie dagewesene Zeit des Friedens verdanken,

dass gerade hier bei uns  
viele Menschen tagtäglich  
vom europäischen Binnenmarkt  
mit seinem freien Verkehr von Personen,  
Waren und Dienstleistungen profitieren,

dass es inzwischen möglich ist,  
in 19 von 28 EU-Staaten mit dem Euro zu zahlen,

all das gerät manchmal in Vergessenheit.

Demagogen und Populisten versuchen vielerorts in der öffentlichen Meinung zu punkten, indem die vermeintliche Entmündigung des Bürgers durch einen „sündhaft teuren Brüsseler Machtapparat“ angeprangert wird.

Fakten wie die Tatsache, dass nur ein Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung in die Unionskassen fließt und beispielsweise das kleine Belgien mehr Geld ausgibt als die EU, werden dabei mutwillig unter den Tisch gekehrt.

In Italien sind Rechte und Populisten als Wahlsieger hervorgegangen.

Beide Lager haben offen angekündigt, die gemeinsamen Ziele der Währungsunion über Bord werfen zu wollen.

Das lässt nichts Gutes erahnen.

Zwar ist eine Regierungsbildung am Wochenende gescheitert, aber die jetzt zu erwartenden Neuwahlen könnten die radikalen Tendenzen in Italien sogar verstärken.

In Ungarn werden,  
das belegt ein aktueller Bericht des EU-Parlaments,  
demokratische Grundwerte  
wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit untergraben.

In Polen werden die höchsten Gerichte  
nunmehr von Gefolgsleuten  
der Regierung kontrolliert.

In vielen europäischen Staaten  
feiern jene Parteien Stimmenzuwächse,  
die anderen zurufen „Wir zuerst“,  
die Hass und Ausgrenzung predigen,  
die die EU zerstören wollen.

Ich finde:

Das sind zutiefst beunruhigende Entwicklungen.

Und das alles knapp zwei Jahre,  
nachdem die Briten mehrheitlich beschlossen haben,  
die EU zu verlassen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,  
wir sollten angesichts dieser Entwicklungen nicht beschönigen,  
was nicht zu beschönigen ist:

Ja, Europa befindet sich in einer Krise!

Vielleicht sogar in der schwersten Krise  
seit dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses vor rund 60 Jahren.

Eine Krise,  
die uns mit Sorge erfüllt,  
weil sie nicht zuletzt auch uns  
hier in der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft und bedroht.

Denn wir Ostbelgierinnen und Ostbelgier  
profitieren aufgrund unserer Grenzlage  
in besonderem Maße  
von europäischen Errungenschaften  
wie dem Binnenmarkt,  
der Gemeinschaftswährung  
und der Arbeitnehmerfreizügigkeit.

Dank der europäischen Integration ist es gelungen,  
die nationalen Grenzen  
– nicht zuletzt auch im buchstäblichen Sinne –  
abzubauen.

Und solche europäischen Fortschritte  
waren und sind stets

am unmittelbarsten in Grenzregionen  
wie Ostbelgien spürbar.

Solche Meilensteine der europäischen Integration  
über Bord zu werfen,  
wäre nicht nur ein Rückschritt,  
sondern ein regelrechter Rückfall in unselige Zeiten.

Nein, das kann niemand wollen –  
nirgendwo in Europa,  
und am allerwenigsten hier in Ostbelgien.

Ja, wir brauchen Europa,  
...aber Europa braucht auch uns.

Das soll nicht überheblich wirken,  
sondern entspricht schlicht und ergreifend  
unserem Verständnis  
von Solidarität und Subsidiarität.

In Zeiten von Europamüdigkeit ist ein Weckruf notwendig.

Wir brauchen neuen Schwung in Europa,  
wir brauchen etwas,  
das vor allem die jungen Menschen wieder an Europa glauben lässt  
und eine neue Begeisterung schürt  
für die europäischen Werte und Errungenschaften,

die über Jahrzehnte mühsam erarbeitet wurden  
und heute oftmals als Selbstverständlichkeit gelten.

Europa braucht wieder Elan,  
und wir sind überzeugt,  
dass dieser neue Schwung  
von den Grenzregionen ausgehen kann,  
ja vielleicht sogar ausgehen muss.

Grenzregionen sind seit jeher die Labore Europas  
- und oft genug auch sein Motor.

Hier,  
wo uns einst Schlagbäume von unseren Nachbarn trennten  
und noch vor 7 Jahrzehnten aufeinander geschossen wurde,  
hier hat man früher als anderswo gelernt,  
Grenzen zu überwinden und abzubauen.

Hier wurden viele europäische Ideen geboren,  
...einige davon auch wieder verworfen.

Aber viele andere haben funktioniert,  
und was in Grenzregionen funktioniert,  
das funktioniert überall in Europa.

Grenzregionen sind vielfältig,  
sie vereinen Sprachgruppen und Kulturtraditionen,  
hier entstehen  
gemeinsame Wirtschafts- und Lebensräume.

Vor allem aber sind Grenzregionen  
seit jeher auf Zusammenarbeit angewiesen.

Die Regierungserklärung,  
die wir heute hier im Parlament hinterlegen  
zeigt auf,  
welcher Instrumente sich die Regierung  
bei der europäischen Zusammenarbeit bedient  
und welche Akzente sie dabei setzt.

Die Regierungserklärung umfasst 30 Seiten.

Ich verzichte darauf, ihnen diesen Texte integral vorzulesen.

Stattdessen begrenze ich mich  
auf einige Schwerpunkte  
und verweise auf die schriftlich hinterlegte Dokumente.

Kolleginnen und Kollegen,

Globale Herausforderungen  
wie der Klimawandel und die Digitalisierung  
machen vor unserer Region nicht Halt.

Auch wir verschreiben uns den Sustainable Development Goals,  
den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen.

Auch wir möchten für mehr Nachhaltigkeit  
in Sachen Armutsbekämpfung und Bildungsqualität,  
beim Umwelt- und Klimaschutz,  
in der Geschlechtergerechtigkeit  
und der Ressourcenschonung eintreten.

Und das wird nur möglich sein,  
wenn wir gezielt Partnerschaften eingehen  
– mit unseren direkten Nachbarn,  
aber auch mit weiter entfernten Regionen.

Wir verstehen diese Kooperationen  
als ein Bündel von Instrumenten und Plattformen  
– vor allem aber als Chancen.

Deshalb lautet der Titel dieser Regierungserklärung  
ganz bewusst

„Chancen der europäischen Zusammenarbeit für Ostbelgien“.

Kolleginnen und Kollegen,  
angesichts der angesprochenen europäischen Krise ist es ratsam,



sich seiner eigenen europapolitischen Ziele zu vergewissern  
und diese Ziele,  
falls nötig,  
neuen Entwicklungen anzupassen.

Genau das tun wir mit dieser Regierungserklärung:

Die vier strategischen Ziele  
für die Gestaltung unserer Außenbeziehungen,  
die bereits im Jahr 2006  
von der Regierung ausgegeben wurden,  
haben wir jetzt aktualisiert, präzisiert und erweitert.

So enthält die Regierungserklärung,  
die wir heute vorstellen,  
insgesamt zehn Ziele,  
die uns als Orientierung dienen:

1. Ostbelgien bekannter machen:

Unsere Region verfügt über viele Trümpfe,  
von der kulturellen Vielfalt der Grenzregion  
bis zu den Vorteilen einer ländlichen Region  
unweit großer Städte.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen,  
unsere Region und ihre Trümpfe

noch bekannter zu machen,  
um bspw. Fachkräfte, Unternehmen und Touristen anzuziehen.

2. Ostbelgien positionieren:

Für jede Region ist es wichtig,  
sich zu positionieren,  
damit sie gute Partnerschaften eingehen  
und in Entscheidungssituationen die richtige Verhandlungsposition  
einnehmen kann.

Eine gute Positionierung hilft uns dabei,  
unsere Autonomie auszubauen, zu gestalten und bestmöglich zu nutzen.

3. Das Leben und Arbeiten in Ostbelgien stetig attraktiver machen:

Unsere grenzüberschreitende, interregionale  
und europäische Zusammenarbeit hilft uns dabei,  
von unseren Partnern zu lernen,  
sodass wir die Qualität unserer Dienstleistungen  
für die Menschen stetig verbessern können.

4. Gestaltungsmöglichkeiten erweitern:

Durch die Fördermittel der Europäischen Union  
können in unserer Gemeinschaft zahlreiche Projekte umgesetzt werden,  
von denen viele auch Jahre nach der Anschubfinanzierung

durch die EU weiter bestehen.

5. Die EU stärken:

In der Überzeugung,  
dass eine starke EU für die Regionen Europas ein Vorteil ist,  
wollen wir unsererseits einen Beitrag zur europäischen Integration leisten,  
bspw. durch unsere Arbeit  
in europäischen Gremien.

6. Effizient arbeiten:

Indem wir von anderen lernen,  
Synergien schaffen,  
Ressourcen bündeln  
- indem wir mit anderen Regionen zusammenarbeiten,  
können wir schneller, besser und kostengünstiger  
Lösungen für unsere Herausforderungen entwickeln.

7. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Trends früh erkennen:

Unsere Außenbeziehungen helfen uns,  
gesellschaftliche Entwicklungen schneller zu identifizieren  
und Maßnahmen zu entwickeln,  
um mit Veränderungen gut umgehen zu können.

8. Unsere Autonomie stärken:

Autonomie bedeutet nicht alles selbst zu tun,  
sondern durch Kooperationen  
mit anderen Regionen  
dafür Sorge zu tragen,  
dass sich die Deutschsprachige Gemeinschaft möglichst gut entwickelt.

9. Globale und transnationale Herausforderungen meistern:

Energieversorgung, Digitalisierung, Mobilität  
– diese und andere Aufgabenbereiche  
können und sollten wir  
im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung  
nicht alleine,  
sondern in Zusammenarbeit mit qualifizierten Partnern bewältigen.

10. Eine Brückenfunktion zum deutschsprachigen Europa einnehmen:

Aufgrund unserer sprachlichen und kulturellen Prägung  
können wir im Rahmen unserer innerbelgischen  
und internationalen Beziehungen  
für unser Land  
einen Mehrwert  
als Brücke zwischen Sprach- und Kulturräumen bilden.

Bei all diesen Zielen

nutzt die Regierung Kontakte, Programme, Netzwerke

und Plattformen  
auf verschiedenen Ebenen der europäischen Zusammenarbeit.

Angefangen bei unseren beiden Territorialverbänden,  
der Euregio Maas-Rhein und der Großregion.

Die Euregio steht in diesen Wochen  
vor ihrer bislang bedeutendsten Strukturreform.

Aus der aktuellen Stichting nach niederländischem Recht  
wird ein sogenannter EVTZ,  
ein Europäischer Verbund für Territoriale Zusammenarbeit.

Dieser EVTZ soll bereits im Frühjahr des kommenden Jahres  
offiziell seine Arbeit aufnehmen wird.

Dabei geht es um weit mehr  
als eine geänderte Rechtsform.

Der Übergang von der Stichting in einen EVTZ  
hat zum Ziel,  
die Euregio Maas-Rhein in ihren Strukturen zu verschlanken  
und damit handlungsfähiger zu machen.

Bisher gab es drei parallel tätige Gremien:

den Vorstand der EMR, den Euregiorat und den Wirtschafts- und Sozialrat.

Nun werden diese drei Organe gebündelt  
und bilden künftig gemeinsam die Versammlung  
des neuen EVTZ.

Die neuen Statuten,  
die dieser Regierungserklärung als Anlage beigefügt wurden,  
sehen vor,  
dass die fünf Partnerregionen der Euregio  
innerhalb dieser Versammlung  
über jeweils sieben stimmberechtigte Mitglieder verfügen,  
wovon mindestens ein Vertreter der legislativen Ebene angehören muss.

Als Regierung der DG verstehen wir diese Vorgabe  
zur Entsendung mindestens eines Parlamentariers  
allerdings eher als Mindestanforderung.

So schlagen wir Ihnen vor,  
gleich vier unserer sieben Sitze  
in der EVTZ-Versammlung  
dem Parlament zu übertragen,  
um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen.

Die Regierung würde ihrerseits zwei Sitze erhalten.

Der siebte Sitz stünde unseren Gemeindepolitikern zur Verfügung.

Die Großregion wiederum,  
unser zweiter Territorialverbund,  
ist bereits ein EVTZ.

Die Suche nach einem griffigeren Namen  
für diesen Zusammenschluss  
war zwar noch immer nicht erfolgreich,  
der Name ist sicherlich nicht attraktiv  
aber in gewisser Weise passt die Bezeichnung  
„Großregion“ mittlerweile.

Das Gebiet der Großregion  
wurde nämlich jetzt deutlich erweitert.

Die Partnerschaft erstreckt sich mittlerweile  
von Ostbelgien über die französischen Ardennen,  
Luxemburg und das Saarland  
bis an den Oberrhein zwischen Elsass, Baden-Württemberg und der Schweiz.

In einem so großen Gebiet zusammenzuarbeiten ist gar nicht so einfach.

Doch auch diese Herausforderung sehen wir als Chance.

Sowohl in der Euregio Maas-Rhein als auch in der Großregion profitieren wir von Interreg-Geldern der Europäischen Union.

Und hier sprechen wir nicht über Kleckerbeträge.

Alleine in der aktuellen Förderperiode, die noch bis 2020 dauert, laufen 15 Interreg-Projekte mit ostbelgischer Beteiligung.

Die Details dieser Projekte können Sie der RE entnehmen.

Diese Projekte profitieren insgesamt von einer EU-Förderung in Höhe von 29,8 Millionen Euro.

Und es werden mit Sicherheit nicht die letzten Projekte bleiben.

So wurden erst am vergangenen Donnerstag vom Begleitausschuss des Interreg-Programms der Euregio Maas-Rhein fünf weitere Projekte mit ostbelgischen Partnern genehmigt.



Dazu zählt u.a. Rando-M, ein Tourismusprojekt, das es der Tourismusagentur Ostbelgien ermöglichen wird, die Vennbahn und den Eifelsteig miteinander zu verknüpfen und diese beiden touristischen Vorzeigeprojekte gemeinsam zu vermarkten.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft profitiert massiv von europäischen Fördergeldern.

Das gilt auch für den Europäischen Sozialfonds.

Seit 1994 verfügen wir über ein eigenes ESF-Programm.

Seitdem wurden in diesem Rahmen sage und schreibe 235 Projekte auf die Beine gestellt, die von der Europäischen Union mit insgesamt rund 40,5 Millionen Euro bezuschusst wurden.

Dank dieser substanziellen Finanzierung wurden in unserer Heimat z.B. Sozialbetriebe wie Cardijn, Work&Job und Dabei, Sprachkurse von der KAP oder auch Weiterbildungsangebote des Arbeitsamtes und Zusatzmodule unserer mittelständischen Ausbildungszentren finanziell unterstützt.

In welchem Maße die Deutschsprachige Gemeinschaft über das Ende der aktuellen Förderperiode hinaus von Programmen wie Interreg und ESF profitieren wird, hängt maßgeblich von den Verhandlungen über den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab.

Diese Verhandlungen finden bekanntlich gerade statt.

Unsere Regierung unterstützt in dieser Frage den Standpunkt des Ausschusses der Regionen.

So sind auch wir der Meinung, dass der Anteil der Strukturfonds am Gesamthaushalt der EU nicht reduziert werden sollte.

Wir gehörten deshalb zu den ersten Unterzeichnern der Cohesion Alliance, einer Kampagne des AdR und der AGEG, der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen.

Wenn wir wollen, dass Europa auch in den kommenden Jahren sozial, wirtschaftlich und politisch zusammenwächst, dass regionale Disparitäten verschwinden, dass Grenzhindernisse überwunden werden, kurzum: wenn wir Europa wollen,

dann muss Europa auch uns Grenzregionen wollen  
- und uns mit Strukturgeldern  
die notwendigen Mittel geben,  
um mit unseren Partnern  
jenseits der Grenze zusammenzuarbeiten zu können.

Aber mindestens genauso wichtig  
wie die finanzielle Ausstattung  
ist uns die strategische Ausrichtung der europäischen Förderprogramme.

Interreg investiert in der aktuellen Förderperiode  
massiv in die Bereiche Forschung und Entwicklung,  
was dazu führt,  
das für die Zusammenarbeit in anderen Politikfeldern  
weniger EU-Mittel zur Verfügung stehen.

Verstehen Sie mich nicht falsch:

Die Kooperation zwischen wissenschaftlichen Einrichtungen  
ist sicherlich wichtig,  
allerdings sollten dafür  
in unseren Augen nach Möglichkeit  
auch andere EU-Programme  
wie Horizon 2020 genutzt werden.

Interreg soll hingegen nach unserer Vorstellung vor allem Menschen und Einrichtungen zusammenbringen, die ohne diese Fördermittel nicht zueinander gefunden hätten – in Bereichen wie Beschäftigung, Bildung, Soziales, Gesundheit, Tourismus, und Kultur.

Hier plädieren wir in gewisser Hinsicht für eine Rückkehr zu den Wurzeln.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Programme, an denen wir uns beteiligen, wieder stärker einen grenzüberschreitenden und bürgernahen Charakter erhalten.

.. und: dafür, dass sie einfacher werden,

vor allem für die Projektträger, die derzeit – übrigens völlig zurecht – über den hohen Verwaltungsaufwand klagen und teilweise regelrecht abgeschreckt werden.

In gewisser Hinsicht sind die Strukturfonds Sinnbild für ganz Europa.

Auch Europa braucht in Zukunft wieder mehr Einfachheit, mehr Leichtigkeit und vor allem mehr Vertrauen in all jene Menschen, die den europäischen Gedanken vorleben und vorantreiben wollen.

Wir möchten erreichen,  
dass Einrichtungen aus Ostbelgien einen noch besseren Zugang  
zu europäischen Fördermitteln erhalten.

Einfacher würde diese Einflussnahme auch,  
wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft  
von der europäischen Statistikbehörde Eurostat  
als sogenannte NUTS-2-Region anerkannt würde.

Bisher sind wir NUTS-3.

Ein Aufstieg innerhalb dieser Klassifizierung  
hätte für uns  
positive Auswirkungen auf die Nutzung der europäischen Strukturfonds.

Als NUTS-2-Region  
könnten wir selber Fördermittel erhalten  
und – ähnlich wie bereits heute beim ESF –  
eigene Operationelle Programme auf die Beine stellen.

Das wiederum  
würde uns in der Regionalentwicklung  
ganz neue Handlungsmöglichkeiten eröffnen.

Deshalb wollen wir die Aufnahme der Deutschsprachigen Gemeinschaft in die NUTS-2-Ebene von Eurostat in den kommenden Monaten energisch vorantreiben.

Doch unabhängig davon bedeutet Europa für uns längst nicht nur eine Geldquelle.

Europäische Zusammenarbeit heißt:

Ressourcen bündeln, Synergien schaffen, Erfahrungen austauschen, vom Knowhow anderer profitieren, von Best-Practice-Modellen lernen und vieles mehr.

Wir setzen dabei auf bestehende und neue Partnerschaften mit anderen Regionen.

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft sind diese Kooperationen aufgrund ihrer Kleinheit nicht nur essentiell, sondern gar existenziell.

Zum Beispiel haben wir uns in den vergangenen Monaten gezielt angeschaut, wie Südtirol mit dem Thema Fachkräftesicherung umgeht.

Ähnliches gilt für den Bereich  
der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung.

Auch hier prüfen wir,  
inwiefern sich Beispiele aus anderen Grenzregionen  
bei uns umsetzen lassen.

Das sind Themen,  
die die Menschen unmittelbar betreffen.

Einen ganz konkreten Nutzen haben diese bilateralen Kontakte  
nicht zuletzt immer dann,  
wenn wir vor der Übernahme neuer Zuständigkeiten stehen,  
was ja derzeit der Fall ist.

Raumordnung, Wohnungswesen und Energie sind für uns  
in gewisser Weise Neuland.

Und wer Neuland betritt,  
tut gut daran,  
sich bei Einheimischen oder Dauergästen  
den einen oder anderen Geheimtipp abzuholen.

Und das tun wir,  
indem wir uns beispielsweise anschauen,  
wie deutsche und österreichische Bundesländer, Südtirol  
und andere Regionen Europas,  
bei der Erarbeitung von Klima- und Energieplänen  
vorgegangen sind.

Auch unser Bildungssystem hat in den vergangenen Jahren  
immer wieder von den Kooperationen  
mit anderen Regionen und Einrichtungen profitieren können.

Ich denke dabei zum Beispiel  
an die Ausbildung unserer Förderpädagogen  
in Zürich,  
an die der Schulmedialothekare in Zusammenarbeit mit der Uni Innsbruck,  
oder auch an unsere Zusammenarbeit  
mit der Französischen Republik bei der Förderung der Mehrsprachigkeit.

Ohne solche bilateralen Formen der europäischen Zusammenarbeit  
wäre es uns nicht möglich gewesen,  
unsere gewachsene Autonomie erfolgreich zu gestalten.

Das sind Hebel,  
die wir auch in Zukunft ausspielen müssen.



Unsere Vertretungen in Brüssel und Berlin spielen dabei eine ganz wichtige Rolle.

Wir sind auf ein breites Geflecht aus Beziehungen zu Regionen in Europa angewiesen.

Als Relaisstationen dienen uns dabei europäische Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen, deren Vorsitz ich derzeit ausüben darf.

Die AGEG ist ein Musterbeispiel für den Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Lobbyarbeit zwischen und von Grenzregionen.

Dabei nimmt die AGEG auch eine beratende und koordinierende Rolle ein.

Die Task Forces der AGEG, die sich mit Kultur, Gesundheitsversorgung, Außengrenzen und Interreg befassen, bieten zudem themenspezifische Austauschplattformen für alle Mitglieder.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang natürlich auch unsere Präsenz im AdR.

Darauf wird im schriftlichen Text der RE näher eingegangen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

die heute hinterlegte Regierungserklärung soll zeigen,  
dass wir es ernst meinen mit der europäischen Zusammenarbeit,  
dass wir uns nicht auf Erreichtem ausruhen wollen,  
dass wir von Europa profitieren können  
und noch stärker profitieren wollen,  
dass uns die aktuelle europäischen Krise  
als Grenzregion in die Pflicht nimmt.

Und vor allem: dass Europa für Ostbelgien eine Chance ist.

Und wer eine Chance bekommt,  
tut gut daran, sie zu nutzen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

